



## Standort und Feinstaub bleiben die Knackpunkte

Biomasse-Kraftwerk: Heiße Diskussion bei Informationsveranstaltung

NEUWIED. "Der Standort ist falsch und die Feinstaubbelastung zu hoch." Wilhelm Stockel wunderte sich. Das Mitglied der Geschäftsleitung von "Gammel-Engineering" ist Planer von Biomasse-Heizkraftwerken (BMHKW). Als Experte war er am Dienstagabend in Neuwied, um bei der Info-Veranstaltung zum geplanten BMHKW auf dem Arnold-Georg-Gelände zu sprechen - und wurde dabei mit Argumenten konfrontiert, die er nur selten hört.

Die Energieversorger Süwag und SWN hatten zum Termin eingeladen. Sie wollen eine gemeinsame Anlage betreiben, die vor allem Fernwärme liefern soll. Neben Stockel waren Otfried Zils (Süwag) und SWN-Direktor Gerhard Krose als Fachleute geladen. Zils und Krose werden zukünftig als Geschäftsführer der Energie-Service-Mittelrhein GmbH fungieren, der Betreiberin des BMHKW.

Zwar waren nicht alle Stühle im Konferenzraum der Süwag-Niederlassung besetzt, doch rund 80 Leute, meist Anwohner und Mitglieder der Bürgerinitiative (BI), die sich gegen den vorgesehenen Standort ausspricht, hatten sich eingefunden. Sie waren es, die mit einigen Beiträgen Stockel zum Staunen brachten.

Der Niederbayer hatte nach einleitenden Worten von Süwag-Prokurist Klaus-Peter Kreß die technischen Daten der geplanten Anlage vorgestellt, dabei vor allem darauf hingewiesen, dass das Kraftwerk dem neuesten technischen Stand entspreche. Gammel-Engineering plane und baue zurzeit bundesweit acht Anlagen - ohne auf ähnliche Widerstände zu stoßen wie in Neuwied. Er selber, so betonte Stockel, berate Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau von BMHKW aussprechen, die mit den belasteten Altholzklassen III und IV gefahren werden. In Neuwied wolle man jedoch nur unbelastetes Holz der Klasse I verbrennen. "Hier kommt eine innovative Technologie zum Einsatz, die dafür sorgt, die Luft vor Ort zu verbessern", betonte Stockel. "Je früher das BMHKW zum Einsatz kommt, um so besser für die Stadt."

Dass es nicht ganz so schnell gehen wird, ist indes klar, da die künftigen Betreiber endgültig auf ein gesetzlich nicht notwendiges offenes Verfahren setzen. Dies bedeutet, dass alle Pläne - sie gehen bald der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) zu - zur Einsicht offengelegt werden. Betroffene Bürger können dann Einwendungen machen, zudem wird es einen Anhörungstermin geben. Und dass Einwände gegen das Projekt erhoben werden, scheint schon heute sicher. In teils emotional geprägten Worten machten Anwohner und BI-Mitglieder nämlich deutlich: Sie lehnen den Standort rundweg ab, da er zu nahe an den Wohngebieten liege. Außerdem sei die Feinstaubbelastung nicht ausreichend berücksichtigt. **Frank Blum**

Weiterer Bericht Seite 12.

<http://rhein-zeitung.de/05/04/28/AL/00000015.html>  
28.04.2005 © RZ-Online GmbH (www)

Artikel empfehlen Leserbriefe Impressum RZ-Online als Startseite / Favorit

Schnell-

RZ-O

Zeitu

Event-

02 03

09 10

16 17

23 24



News!

Artikel

LEXIK  
Sie  
Do